

# Volkstimme

Organ der Sozialdemokratischen Partei  
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.  
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gefellschafter“  
jedem Werttag nachmittags.

Redaktion:  
Halle a. S., G. Braunsstraße 17  
Fernsprecher 6802  
Sprechstunde täglich von 1/2 12-1/2 1 Uhr.

Verlag und Expedition:  
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27  
Fernsprecher 5407  
Rheinstetten Leipzig Nr. 87573.

Nr. 177

Verlagspreis: Durch Postträger zweifach monatlich  
5.- Mk. einschließlich Frachtkosten. Für Schüler 4.50 Mk.  
Durch Selbstzug im Einzelheft 13.50 monatlich 4.50 Mk.  
Bestellort extra.

Halle, Freitag, den 30. Juli 1920

Anzeigenpreis: Im achtzahl. Anzeigenheft 60 Pf.; Reklame  
im Zeitl. 250 Mk. (z. B. Millimeter-Schild, Rollschienenzeiger  
50% Aufschlag. Schluß der Anzeigen-Terminale für die nächste  
Ausgabe meistens 9 Uhr.)

4. Jahrgang

## Der Wahlerfolg der Unabhängigen.

### Deutschnationale Regierung in Mecklenburg.

Schwerin (Mecklenburg), 28. Juli. Die Mecklenburgische Zeitung meldet: Bei der heutigen Wahl des Ministeriums in Mecklenburg-Schwerin wurde gewählt zum Ministerpräsidenten Professor Dr. Reinde-Block (Deutschnational) mit 28 Stimmen, 22 weiße Stimmenten wurden abgegeben. Im Anschluß daran erfolgte auf deutschnationalen Antrag die Wahl der Minister. Gewählt wurden Amtsgerichtsrat Großkopf zum Minister des Innern, Oberlandesgerichtsrat Wulff zum Minister des Finanzwesens, Oberlandesgerichtsrat Walter Schmidt zum Justizminister, Doktor Dr. Steinmann-Radow bei Plaue zum Landwirtschaftsminister, Professor Dr. Reinde-Block zum Unterrichtsminister.

Dies Resultat ist ein neuer Erfolg der allseitigen Abstinenzpolitik der Unabhängigen, die zusammen mit Sozialdemokratie und Demokraten eine Mehrheit bilden konnten, sich dessen aber standhaft geweiht und so den Deutschnationalen in den Sattel geholt haben. Wir gratulieren zum Siege!

### Unruhen in Danzig.

Danzig, 29. Juli. (WZ.) Gelegenheit einer heute nachmittags auf dem Hauptplatz abgehaltenen Demonstrationssammlung kam es zu schweren Ausschreitungen vor dem Regierungsgebäude. Der in diesem Gebäude zu einer Sitzung des Staatsrats anwesende Oberbürger-

meister Sahn wurde gewalttätig aus der Sitzung herausgeholt, um zu der durch zahlreiche Reden aufgeregten Menge zu sprechen. Als der Oberbürgermeister vor die Menge geführt wurde, drang sie von vielen Seiten auf ihn ein und mißhandelte ihn schwer. Er wurde angesperrt von vielen, die ihn erreichen konnten, ins Gesicht geschlagen. Der Oberbürgermeister mußte von der Treppe des Rathshauses der Menge verschern werden. Beim Abzug der Menge kam es zu einem Zusammenstoß mit der Sicherheitswehr, die eine nach dem Gerichtsgebäude führende Straße absperrte, da laut Gerüchten mit der Erfüllung der Forderungen einhergehen werde. Beim Abzug der Menge kam es zu einem Zusammenstoß mit der Sicherheitswehr, die eine nach dem Gerichtsgebäude führende Straße absperrte, da laut Gerüchten mit der Erfüllung der Forderungen einhergehen werde. Beim Abzug der Menge kam es zu einem Zusammenstoß mit der Sicherheitswehr, die eine nach dem Gerichtsgebäude führende Straße absperrte, da laut Gerüchten mit der Erfüllung der Forderungen einhergehen werde.

Danzig, 29. Juli. Gestern abend war die Ruhe wieder hergestellt. General Hauptling, der Oberkommandierende der Besatzungstruppen, empfing abends die Vertreter der Danziger Presse und widerlegte eine Nachricht des Blattes der unabhängigen sozialdemokratischen Partei, nach der 22 englische Soldaten wegen verweigerter Entlassung des für Polen bestimmten Munitionsdampfers „Triton“ in Haft gelegt sein sollten. Diese Meldung habe die Menge veranlaßt zu betreten. Die Demonstrationssammlung war wegen des hohen Steuerlages und der häufig steigenden Verteuerung der Lebensmittel veranlaßt worden.

## Polen und Rußland.

### Wird heute Waffenruhe eintreten?

Warschau, 28. Juli. Die Presseentstellung des Ministeriums des Innern teilt mit: Am 28. Juli kam bei der Obersten polnischen Beeresleitung folgende vom 25. Juli datierte Beschlüsse aus Moskau an:

An die Oberste polnische Beeresleitung. Auf die Direktiven, die das Oberkommando der Roten Armee erteilt hat und die in seinen Punkten vom 22. Juli zum Ausdruck kommen, teile ich mit, daß wegen der bestehenden Verschleppungen der Armeen an der Front, welche die Verbindungen mit hier erschweren, sowie wegen der sehr lebhaften Stimmung der wehrfähigen Bevölkerung gegen die Vertreter der polnischen Regierung, die durch die Verschleppungen der polnischen Truppen während der Okkupation und während des Rückzuges veranlaßt ist und uns zwingt, besondere Vorkehrungsmaßnahmen zu ergreifen, um mögliche Unfälle bei der Ueberführung der Front durch die polnischen Vertreter sowie bei ihrer Weiterreise zu verhindern, ist es für unmöglich halte, ein früheres Datum als den 30. Juli für die Ueberführung der Front durch Ihre Vertreter - dasselbe Datum, das am 26. Juli durch das Oberkommando der polnischen Truppen vom 22. Juli angegeben ist - festzusetzen. Die bestehenden Frontveränderungen machen es gleichfalls unmöglich, den genauen Ort für die Uebernahme Ihrer Vertreter zu bezeichnen, und wir können nur den Weg angeben, auf dem Ihre Vertreter die Front überschreiten sollen. Die Bahn, die in Ihrem bereits erwähnten Telegramm angegeben ist, d. h. die Bahn Waranowitsch-Schiff, ist gemäßigt worden. Die Ueberführung der Front durch Ihre Vertreter wird an dem Punkt dieser Bahn, an dem unsere Vorhuten sich am 30. Juli um die 8. Stunde (8 Uhr abends) befinden werden, zu erfolgen haben. Ihre Vertreter werden sich hinter den Vorhuten unter dem Schutz der weißen Parolantlage nähern. Nach der Uebernahme durch die Fronttruppen werden Ihre Vertreter nach Waranowitsch geleitet werden, wo sie mit Vertretern der Roten Armee zusammentreffen werden.

### Der Generalkommando der Frontarmee, gen. Tolkaczewsky.

### Polens Antwort an Rußland.

Warschau, 29. Juli. (ZL) Auf das Radiotelegramm der bolschewistischen Obersten Beeresleitung hat das Oberkommando der polnischen Armee erwidert:

Der Empfang der Radiobotschaft des Sowjetoberkommandos vom 25. Juli wird bekräftigt. Das polnische Oberkommando wird seine benennmächtigen Unterhändler auf die Ghauffe Breit-Klomsch-Baranowitsch entsenden, an die Stelle, an der die Front sich abdamn befindet. Gleichzeitig bemerken wir, daß der Termin des 30. in unserem Radiotelegramm vom 22. nicht angegeben wurde. Das Oberkommando der polnischen Armee die Funktionen der Sowjetarmee nicht kennt, bitten wir um Radiotelegramm über die Behandlung und das Ver-

halten unserer Delegierten. Trifft ein Radiotelegramm nicht ein, so werden unsere Unterhändler nach dem internationalen Völkervertrag und der Haager Konvention handeln.

### Militärkonferenzen in Warschau.

Warschau, 29. Juli. (Telunion.) Die Presseentstellung des Ministeriums des Innern teilt mit: Gestern fand eine Sitzung der englischen und französischen Militärkommissionen mit dem englischen Minister statt. Es wurde über die Hilfe der Entente gegenüber Polen beraten. Die Hilfe soll mit größter Beschleunigung organisiert werden, um, falls der Waffenstillstand nicht zustande kommt, gerüstet zu sein.

Warschau, 29. Juli. (Telunion.) Die englischen und französischen Militärmissionen haben in der Nacht vom 25. zum 26. eine zweite Konferenz mit dem Staatspräsidenten gehabt. Ein Teil der Mission begibt sich an die Front.

### Die neue Verteidigungslinie der Polen.

Warschau, 28. Juli. Generalkommando vom 28. Juli. Am nördlichen Frontabschnitt belegen unsere Abteilungen planmäßig die Linie Grajewo-Drowiec-Kamenc-Kiemst-Kobryn. Das Zentrum der polnischen Truppen geht ohne stärkeren Druck des Feindes nach Abwehr drückender Angriffe des Gegners an der Kobryner Ghauffe mit dem linken Flügel nach Westen zurück, um die Verbindung mit den nördlichen Armeen nicht zu verlieren. Südlich der Stoch-Linie Ruppe. Am Sturz und Sturz gruppieren sich unsere Truppen zur Angriffssaktion (I) um.

### Die russischen Waffenstillstandsbedingungen.

Die „Leipz. N. Nachr.“ melden folgende Waffenstillstandsbedingungen:

Riew, 29. Juli. Die russischen Waffenstillstandsbedingungen sind: Polen soll Wilna, Minik, Grodno und Cholm auf. Polen liefert das gesamte Kriegsmaterial an Rußland ab, sowie 70 Prozent des Eisenbahnmaterials. Die Sowjetverfassung wird für die Dauer eines Jahres in Polen eingeführt. Polen bestimmt dann selbst seine neue Verfassung. Polen wird für die Dauer von fünf Jahren militärisch besetzt. Als Pfand werden die polnischen Salz- und Kohlengruben an Rußland übertragen. Wenn das man keine Einteilung. Sie sind zu sehr nach den Wünschen der Gegner Rußlands angefaßt.

### Joseph Jurewitsch.

Paris, 28. Juli. (WZ.) Der Sonderberichterstatter des „Matin“ in Brulonne hat mit Marshall Hoch gestern über die Lage Polens gesprochen. Hoch sagte ihm, er hoffe zuversichtlich, Polen habe die Mittel, die Armeen an einer bestimmten Stelle festzuhalten. Er habe Polen den Rat gegeben, nicht aggressiv zu sein, aber es müsse würdig bleiben und dürfe sich nicht den Willen des Siegers aufzwingen lassen. Es habe nur zu wollen und es werde nicht befehle sein.

## Zum Sozialistkongress in Genf.

Von Eduard Bernstein.

Der internationale Sozialistkongress, der am 31. Juli in Genf zusammentreten soll, hat eine größere und bedeutungsvollere Aufgabe zu erfüllen, als irgendeine der ähnlichen Konferenzen der letzten Jahre. Es soll sich auf ihm entscheiden, ob inmitten der Zerfahrenheit, die sich unter den Rückwirkungen des Weltkrieges eines großen Teils der sozialistischen Internationale bemächtigt hat, ein Stamm von Vertretern der bisher von ihr hochgehaltenen Grundsätze und Ideen zusammenhält, der stark genug ist, Vertrauen in seine Setzungskraft zu verbreiten und den heute an der zweiten Internationale irre gewordenen sozialistischen Parteien und Gruppen früher oder später den Gedanken der Rückkehr in die alte oder der Wiedervereinigung mit ihr als die beste Lösung des Problems der Wiederherstellung der Einheit der sozialistischen Bewegung der Kulturwelt erscheinen zu lassen.

Die Lage der sozialistischen Internationale ist heute eine ähnliche, wie sie es vor nahezu fünfzig Jahren nach Beendigung des deutsch-französischen Krieges gewesen war. Auch jene Krieg hat die Wirkung gehabt, eine Spaltung der Internationale herbeizuführen. Zur waren die Größerenhältnisse anders. Wie der Weltkrieg den deutsch-französischen Krieg um Umfang der beteiligten Mächte und an Schärfe der Gegensätze und aufgewühlten Probleme übertraf, hat so auch der durch ihn verurteilte Konflikt in der zweiten sozialistischen Internationale sozial größere Mächte erfasst und sozial stärkere Gegensätze auf die Tagesordnung gesetzt, als der Konflikt von 1871/72 in der ersten sozialistischen Internationale.

Im letzten Grunde freilich liegt dem heutigen Streit auf dem Gebiet der Auffassung des politischen Kampfes der Arbeiterklasse derselbe Gegensatz zugrunde wie dem Streit von 1871/72. Was damals Michael Bakunin Marx und dem Londoner Generalrat der Internationale gegenüber verfocht, verfochten heute die Bolschewisten Lenin und Genossen denjenigen Sozialisten gegenüber, welche in der sozialistischen Internationale die von Marx für diese aufgestellten Grundsätze auch weiterhin in Geltung erhalten wollten.

Marx hatte der Internationale den möglichst weiten Rahmen geben wollen, der mit der Anerkennung des Klassenkampfes der Arbeiter und der Verpflichtung auf diesen verträglich war. Anders Bakunin. Ihm, dem Angehörigen des belpolitisch regierten Rußland, das eine proletarische Klassenbewegung überhaupt noch nicht hatte, fehlte jenes Vertrauen in die sozialogen selbständige Erziehungskraft des Klassenkampfes der Arbeiter, und was er damals in Italien und der französischen Schweiz, wo er sich vorzugsweise aufhielt, vor sich sah, war nicht geeignet, ihm etwas davon einzufloßen. So verlegte er sich aufrecht darauf, eine Bewegung zu schaffen, welche die mangelnde innere Kraft durch ein möglichst radikales Programm ersetzte. Er gründete den Bund der sozialistischen Demokratie („Alliance de la democratie socialiste“) mit dem Ziel, die radikalen Elemente der Internationale zu dem Zweck zusammenzufassen, dieser eine seinen Ideen entsprechende Haltung und Politik aufzudrängen. Das Jahr 1872 sah eine ähnliche Zusammenkunft aus der zum Londoner Generalrat haltenden Internationale sich vollziehen, wie wir sie heute gegenüber der zweiten Internationale vor sich sehen können.

Nachträglich haben viele ihrer Ueberläufer ihren Irrtum eingesehen und offen eingestanden.

Seute ist es nicht wesentlich anders als damals. Auch heute spielen Stimmungen eine viel größere Rolle als ideologische Überlegungen auf den Grund gehende Ueberlegungen. Wir wissen, ein wie verflochtenes Bild in dieser Hinsicht unsere Unabhängigen darbieten. Anderwärts steht es jedoch durchaus nicht wesentlich anders: Dies ist man z. B. das Protokoll der Osterkonferenz der britischen Independent Labour Party (I. L. P.), auf der mit 529 gegen 144 Stimmen die Auflösung von der zweiten Internationale beschlossen wurde, io wird man bei denen, welche für die Auflösung sprachen, die widerspruchsvollsten Meinungen vertreten finden.

In dem Augenblick, wo ich dies schreibe, liegen noch keine erschöpfenden Nachrichten über den Verlauf des Kongresses der Moskauer Internationale vor, wissen wir noch nicht, ob es zu einem Kompromiß der strengen Moskauer Richtung mit den Parteien des halben Weges geführt hat oder diesen letzteren von den ersteren der Eintritt nur gegen die vorbestimmte Unterzeichnung des Moskauer Programms gestattet wird. Wie dem aber auch sei, so haben wir jedenfalls mit der Wahrscheinlichkeit des Zustandekommens der Internationalen Konferenz zu rechnen, die von den französischen Sozialisten und den deutschen Unabhängigen in Aussicht genommen worden ist und schon die Zustimmung der Sozialisten verschiedener anderer Länder, darunter die britische I. L. P., erhalten hat. Auf ihr soll der Zusammen-

...aber was für revolutionäre Sozialisten beraten werden.

Die Genfer Konferenz wird vorher zusammenzutreten. Wie soll sie sich im Hinblick auf sie verhalten? ...

Im Genf werden Anklagen wegen solcher Unfähigkeit oder vermittelter begangener Verbrechen zur Sprache kommen. ...

Seine Unfähigkeit zu politischer Arbeit hat sich jetzt wieder in Forderungen in anderen kleineren Parteien offenbart. ...

Die Unfähigkeit der Unabhängigen

Ihre Unfähigkeit zu politischer Arbeit hat sich jetzt wieder in Forderungen in anderen kleineren Parteien offenbart. ...

Romen und Julia auf dem Dorfe.

Die Götze hatten oder das Schauspiel bald fast, welches ihnen die gute Frau Manz gewährt, und bitten wieder, wo es ihnen möglich war und sie über die wunderliche Wirtin ...

bei den Wahlen dreifach gestärkten Bürgerlichen dadurch an sich reißen wollten, daß sie sich als eine Fraktion ...

Nun wäre es Aufgabe dieses unabhängigen Präsidenten gewesen, an die Regierungsbildung heranzutreten. Aber schon hier zeigte sich die totale Unfähigkeit ...

Der Besatzungsstreik.

Dem Ergänzungsausschuß, der letzten Reichstag ausgegangen ist, liegt eine Denkschrift des Reichstagsministeriums über den vorliegenden Ausbruch der Besatzungsstreik vor.

Dieses Fall gerade die hochwertigsten Gebäude (Bauunternehmer) in den verschiedenen Städten, sowie die teuersten Hotels für Zwecke der Besatzungstruppen besetzt worden.

Für die Unterbringung des Präsidenten der Weimarer Reichstagskommission verlangt der Eigentümer der von diesem in Anspruch genommenen Wohnung eine jährliche Entschädigung von 163 332 Mk.

Die Denkschrift betont weiter die Notwendigkeit, dahin zu wirken, daß von den fremden Staaten selbst ein Druck auf ihre Besatzungsbehörden und -truppen in der Richtung ausgeübt wird.

umwand, daß in zwei der bekannt gewordenen Fällen die Frauen Fraktionäre Generale auf Verfügung der ...

Eine Desseration dieser furchtbaren Zustände hofft das Reichstagsministerium durch den Ausbau der Reichswehr ...

Aber noch an ein anderes sollten wir denken. Nämlich, wenn die Besetzung sich wegen der Rohstoffe auf das Industriegebiet, oder wegen unserer Haltung im russisch-polnischen Krieg auf noch größere Teile Deutschlands ...

Politikern im Hauptauschluß.

Bei der Beratung des Postgesetzes im Hauptauschluß des Reichstags brachte Abg. Genosse Steinbock auf die neue Verordnung des Postministeriums über die Beamtensätze zur Sprache. ...

Bei der Beratung des Etats des Reichsministeriums des Innern hat Minister Koch einen Heberlöcher über die neuen im Ministerium des Innern zu leistenden Aufgäben.

Der internationale Bergarbeiterkongress.

Berlin, 30. Juli. Eine Meldung des Berl. Tagbl. auf Genf zufolge haben sich zur Teilnahme an der am Montag beginnenden internationalen Bergarbeiterkongress bisher 70 Engländer, 35 Deutsche, 25 Franzosen ...

weissagt hätte, er würde sich einst zu diesen wunderlichen Fesseln stellen und gleich ihnen Fische fangen, so wäre er nicht bald aufgehoben. ...

So kam es, daß, als er eines Abends einen gemächlichen und ruhenden Bach entlang ging, in welchem die Fellehen fleißig sprangen, da der Himmel voll Gemitter ...



# Deutscher Reichstag.

13. Sitzung. Donnerstag, 20. Juli. 10 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des vom Abg. Müller-Franken eingereichten Gesetzentwurfs, betreffend:

## Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Abg. Habruck (Soz.): Ich will nicht das, was fundamental abgelehnt worden ist, hier zum hundertsten Male wiederholen. Wir beantragen die Beibehaltung der Untersuchungsbehörden, die heute nicht nur verdächtigt werden kann wegen Flüchtigkeits, sondern auch wegen logenartiger Gefährdung der Disziplin. Wir bitten den Antrag aller Parteien zu, wonach die Exekutive der künftigen Verfassung ihren bürgerlichen Kollegen gleichgestellt werden sollen. Dem demokratischen Antrag, der eine Einschränkung bei der Anzeigenerstattung herbeiführen will, können wir nicht zustimmen. Wir wünschen die Grenzen der Disziplinargewalt unter dem Einfluss der Zivilgewalt zu sehen. Frankreich hat nur einen Strafprozess gehabt, und ist dadurch bis in die Grundgesetze, erloschenermaßen; wir haben seit 1/2 Jahren den bewährte Strafprozess gehabt, die man gar nicht mehr alle annehmen kann. Vom Antrag gegen die Richter Liebichs und von Durand über den Marlow-Prozess bis zum Marburger Fall. (Sehr richtig!) In den dreien Fällen unseres Volkes geht dadurch das Gefühl für die Beständigkeit der Gerichte in Gefahr. (Sehr richtig!) Als als Jurist und Rechtslehrer kann nicht anders, als mit dem Vize eines meiner Verehrten zu sagen zu machen, der von einer Juristenhochschule. Dieses Gesetz soll dazu dienen, einer verheerenden Justizschmach endlich ein Ende zu bereiten. (Sehr richtig! Beifall links.)

Abg. von Gailwitz (Dn.) nimmt die Militärgerichtsbarkeit in Schutz.

Abg. Koenigs (U. S.): Man sollte es kaum für möglich halten, daß ein Führer aus dem Hochelbenden Kriege sich hinsetzt (Stürmische Proteste, allgemeines Durcheinander, Rufe des Präsidenten) dessen Worte beweisen, daß er selbst keine Ahnung von den Strafen des Militärgerichts habe (Schallendes Beifall rechts). Die weiteren Worte des Redners gingen in dem Lärm und dem Fortwährenden Unterbrechungen im Zusammenhang verloren. Redner fährt fort: die Militärgerichte haben im deutschen Volk jedes Vertrauen verloren.

Abg. Wolf (Alt.): Angesichts der veränderten militärischen Verhältnisse ist keine Partei der Ansicht daß jetzt die bürgerliche Gerichtsbarkeit notwendig ist. Sie erkennen die Überflüssigkeit und Unbilligkeit der Militärgerichte gern an, die sie erstattet diese Gerichte jetzt nicht mehr für angebracht.

Abg. Brünnhans (D. W.): Dr. Koenigs hat der Sache der Offiziere die Schuld an allem gegeben. Namens der 10000 Offiziere, die der grüne Kalenfeld, erbehe er gegen die Beschimpfung Einspruch. Er sei überaus, daß nicht zehn Jahre rechnen würden, bis das deutsche Volk die Elemente, die uns in das Unheil der Revolution geführt haben, vernichten werde. Redner wendet sich lobend gegen einige Einzelheiten des Entwurfs und schließt mit dem Hinweis, daß er die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit für einen schweren Fehler halte.

Reichswirtschaftsminister Gehler sieht in dem Entwurf die Einführung eines in Weimar vereinbarten Verordnungs und erklärt die Paragrafen 1 bis 8 werden angenommen.

Im Paragraphen 9 beantragen die Unabhängigen, bezogen auf das Waffengebrauch über Verhaftungen.

Abg. Kersfeld (U. S.) begründet den Antrag.

Abg. Saas (Dem.) meint, unter gewissen Umständen müßte der Senat bestehen können, so einfach sei die Sache also nicht.

Ein Antrag der Unabhängigen auf Schließung der Sitzung wird im Wege des Sammelvotums mit 192 gegen 142 Stimmen abgelehnt. Der Reichstag beschließt die weitere Lesung des Entwurfs.

Abg. Brünnhans (D. W.) Einspruch.

Es erfolgt die zweite Lesung des Reichsnoteletts.

Abg. Bogner (U. S.) hält es nicht für angemessen, daß der Präsident der Republik Herr über Leben und Tod sei, wie während der Landesversuche. Er behauptet, daß der Präsident auch in solchen Fällen Todesurteile unterzeichnet habe, wo es sich darum handelte, Lebensurteile, die in der Folge der politischen Kämpfe und im Dienst der Freiheit vorlägen, zu fällen.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Bogner hat nicht in einem einzigen Fall nachgehakt. Er hat sich stets im Rahmen seiner vorläufigen Gewalt bewegt gehalten. Ich habe es immer außer Acht gelassen, wenn der Belagerungsstand verändert werden mußte. Wir haben uns aber damals in einer Notlage befinden. Wir haben jetzt, daß die Bedenken auch nicht immer vorübergehenden Charakter sind, wie es ihr Programm verlangt. (Sehr richtig bei den Soz.) Von den 1279 beim Reichswirtschaftsminister unabhängigen Fällen hat in 577 Fällen der Reichspräsident von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch gemacht. (Beifall links!) In drei Fällen von Todesurteilen ist allerdings Begnadigung nicht erfolgt, wie es sich, wie ich aus eigener Erfahrung, aus meiner Amtsstellung weiß, um außerordentlich schwere Verbrechen handelt hat. Ich als Vertreter der Arbeiterklasse müßte mich schwer hüten, einen von diesen Verbrechen für die Arbeiterklasse zu reklamieren. (Lärm bei den U. S. Zuruf des Abg. Geyer: Ein Kulturmenschen unterschreibe solche Urteile nicht!) Das erste Todesurteil in Sowjet-Rußland gegen den Militärminister war allerdings kein Todesurteil, sondern wurde nach dem Bericht Professor Ledebers nur auf Erhängen. (Beifall bei der Arbeit.) Die Todesurteile hat mit dem Sozialismus nicht zu tun.

Vizepräsident Weill erklärt, der ehemalige deutsche Kaiser würde nicht in der Debatte erwähnt werden und muß sich auch eine Kritik gefallen lassen, aber es sei Pflicht des Präsidenten bei jeder anderen Staatsbürger gegen eine persönliche Beschäftigung und beschimpfende Norm zu sprechen.

Abg. Bogner (U. S.) beharrt darauf, daß Präsident Eberl als Sozialdemokrat die Verpflichtung habe, kein Todesurteil zu unterzeichnen und führt mehrere Fälle aus dem Ruhrgebiet an, in denen auf Begnadigungsbefehl überhaupt nicht geantwortet wurde. Er würdigt sich, daß die Rechte eine förmliche Strafbappe sich als ihren Kaiser darstellte, die im Moment der Gefahr seine die Macht ergreifen habe.

Reichswirtschaftsminister Gehler nach Amtsmaterial einige Fälle im Ruhrgebiet anders, der als der Borsener. Beim Reichstag wünscht Abg. Kautzmann (Dem.) angesichts der großen Aufgabe, die dem Hause bevorsteht und angesichts des Umstandes, daß der Reichswirtschaftsminister die gleichen Fragen behandeln werde, das Mittel gefunden werden, die Verhandlungsschloßheit des Hauses zu fördern, etwa durch eine Begrenzung der Redezeiten.

Beim Reichstag Reichswirtschaftsministerium fordert Abg. Dr. Herz (U. S.) die Sozialisierung des Bergbaues und der Kohlenindustrie.

Aum Reichstag Reichswirtschaftsminister bringt Abg. Koenigs (U. S.) seine bekannten Klagen auf neuem Wege jetzt noch gefällte Urteile müßte in einer Statistik aufgenommen und sofort eine allgemeine Amnestie gefordert werden.

Beim Reichstag Reichswirtschaftsministerium erhebt Abg. Ludwig (U. S.) Anträge gegen die Reichsjustiz, deren Unterzogen die Anordnungen des Herrn Ministers nicht Folge leisteten. Hierzu gehört der Fall Dörten, ebenso wie die noch immer nicht erfolgte Freilassung der Verhafteten der roten Armee. Im Falle der Kommunisten Minister verhaftet und bis heute bei seinem Rechtsanwalt nicht Einsichtnahme in die Akten gestattet worden. In 6000 Fällen seien Verhaftungen im Rheinland und Westfalen vorgenommen worden.

Abg. Düwelle (U. S.) stimmt der Amnestie zu, aber nicht als einer Gnade, sondern als einer Selbstverständlichkeit. Die Verurteilung der im Ruhrgebiet geübten Schmelzwerke und die Zurückführung leisteten noch schmerzlicher als die Militärstrafe. Redner fordert sofortige Revision der im letzten Jahre erangenen Urteile des Reichsjustizministeriums gegen Arbeiter.

Reichswirtschaftsminister Gehler antwortet, alle Anklagen gegen die Reichswehr seien nicht mit der Justiz zu tun. Die Anklagen seien sämtlich der Art, daß er nicht im Stande sei, sie hier im einzelnen durchzugehen. Er habe nicht die Absicht, sich der Verantwortung, die ihn treffen könne zu entziehen. Er soll bald den Gewissenshaftigkeit und Billigkeit der deutschen Richter hohes Lob. Zur Aufgabefristen ermahnt er, daß bislang 1279 Begnadigungsgesuche und 567 davon bereits bewilligt worden seien.

Das Haus genehmigt das Kapitel Reichswirtschaftsministerium.

Während einer Geschäftsordnungsdebatte erklärt Reichswirtschaftsminister Gehler, daß im Friedensvertrag die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht verlangt werde. Die rote Propaganda über diesen Punkt werde erst im Herbst kommen. Morgen werde eine den Wünschen der Entente entsprechende Notverordnung zur Erziehung kommen.

Darauf vertritt sich das Haus auf morgen vormittag um 11 Uhr. Tagesordnung: Anfragen, Interpellationen und kleinere Vorlagen.

Schluß 1/8 Uhr.

## Inland.

### Der Postfachrentenstreik über das westpreussische Abstimmungsgebiet.

Der Postfachrenter hat, wie aus Paris gemeldet wird, den Vorkant der Mittelungen, die an die polnische und die deutsche Regierung gerichtet werden sollen, festgesetzt, die ihnen die gefakten Postschiffe bezüglich Allenfalls und Marienwerders zur Kenntnis bringen. Diese Gebiete fallen an Deutschland zurück. Die Grenzkommission wird jedoch die Befugnis besitzen, um auf dem rechten Reichsteil einer Vertragsbestimmung, die den Polen die Niederwachung des Flusses zugesteh, Geltung zu verschaffen.

Was das Letztere bedeutet, belangt folgende Nachschrift:

Wie den „P. P. N.“ mitgeteilt wird, empfing der Oberpräsident von Dirschken, Dr. Gehr, in Königsberg eine Abordnung des Deutschen Ausschusses des westpreussischen Abstimmungsgebietes nach einer unvollständigen Verbindung mit Dirschken übermittelte und folglich auf die großen Schwierigkeiten, die den rechtswirksam geltenden und dem ganzen Dirschken durch die polnischen Ansprüche auf das rechte Reichsteil drohen. Der von Polen geforderte Gehaltsstreifen von 50 Meter Breite wurde mindestens an vier Stellen den Deich zerreißen und das mühsame Werk des Hochwasserlaufes, der Marienwerder Niederung, einer der blühendsten und fruchtbarsten Landstrichen des östlichen Deutschland, zu nichte machen. Er würde zugleich dem ganzen Osten des Reiches den vertraglich zugesicherten Zugang zur Weichsel verlegen. Der Oberpräsident erwiderte, daß die Ansprüche Polens im Friedensvertrag keine Stütze finden. Polen soll nach den getroffenen Vereinbarungen nur die Niederwachung der Weichsel und ihres rechtsseitigen Ufers erhalten, sowie die Regulierung und zur Verbesserung des Stromes erforderlich ist, dagegen hat es keinen Anspruch auf Souveränität über den begrabten und über die Regulierung des Flusses viel zu breit bemessenen Streifen. Streifen hat es niemals für möglich gehalten, daß entgegen dem Friedensverträge durch eine gewisse Abtrennung längs der ganzen Strecke der fernbedeutenden Marienwerder Niederung eine künstliche Schranke zwischen Dirschken und dem rechten Ufer des deutschen Unterlaufs der Weichsel errichtet werden

konnte. Sodast er außerdem erlangen darte, das eine solche ungeheuerliche Forderung nicht nur in Polen erhoben, sondern sogar in den Kreisen der Interalliierten Kommission ernsthaft erwogen wurde, hat sich der Oberpräsident an das Auswärtige Amt mit der Bitte gewandt, sofort durch den Pariser Vertreter mit aller Gewalt gegen diese Forderung zu protestieren. In den östpreussischen Wirtschaftskreisen ist man über diese drohende Gefahr sehr erregt. Man wollte Kundgebungen der bedrohten Bevölkerung haben fortgesetzt, weitere Heben bevor. Die westpreussischen Vertreter beobachten sich besonders der gefährdeten Kreislagen Johannisdorf, Neudiebau und Kleinfelde. Der Oberpräsident versicherte auch diesen Orten seine warmste Anteilnahme und erklärte, daß er seine Gelegenheit unbenutzt lassen werde, um für die Sicherheit des ganzen, in sich geschlossenen Abstimmungsgebietes zu sorgen.

### Warnung vor ausländischen Werbemännern.

Das Reichswirtschaftsministerium hat an die Reichswehr einen Befehl erlassen, in dem vor militärischen Werbungen gewarnt wird, die unter patriotischen Deckmantel zurzeit in Deutschland betrieben werden. Auf der einen Seite suchen gewissenlose Werbemänner aktive und inaktive Heeresangehörige zur „Bekämpfung des Bolschewismus“ geheimnisvollen Formationen anzuführen, die von Ostpreußen, Baltikland oder Finnland aus gegen das bolschewistische Rußland zu Felde ziehen sollen. Jegliche Werbungen sind scheinbar meistens der russischen Gegenrevolutionäre im Gange, um sich Freiwilliche anzuführen, hierbei scheint der berüchtigte Major Bischof von Ungarn aus seine Hand im Spiele zu haben.

Auf der anderen Seite sollen auch die Bolschewisten versuchen, für ihre rote Armee Leute anzuwerben. Vor allen diesen Anwerbungen wird dringend gewarnt. Sowohl Werbungen für weiße wie für rote Garden werden auf das schärfste bekämpft werden.

### Die Ententetruppen bleiben im ostpreussischen Abstimmungsgebiet!

Bonlogne, 28. Juli. (Havas.) Millerand und Looß George haben auf Grund eines Gutachtens des Marschalls Foch die gestern von der Vorkantkonferenz getroffene Entscheidung, die Zurückziehung der britischen und italienischen Truppen aus dem Gebiet von Allenfalls und Marienwerder einzustellen, genehmigt. Millerand, Marschall Foch und Finanzminister Warla sind gestern auch ebenfalls von Bonlogne abgereist.

Im Unterlaufe beschränkte Churchill das Verbleiben dieser Truppen im Abstimmungsgebiet mit der militärischen Lage im Osten.

### Englische Arbeiter nach Danzig?

Danzig, 28. Juli. Gestern nachmittag hat ein Kommando englischer Soldaten mit der Ausladung des für Polen bestimmten Munitionsdampfers Triton begonnen, einer Vernehmung des Generals Senking mit den Vertretern der Transportarbeiterverbände wies der General darauf hin, daß es in Zukunft nicht möglich sein werde, Besatzungstruppen zu Arbeitsstellen im Hafen heranzuziehen. Es würde dann nicht ausgeschlossen sein, daß man schließlich englische Arbeiter nach Danzig holen werde.

### Die Handelsbeziehungen zu Holland.

Haag, 29. Juli. (Havas.) In den von dem Ausschuss der ersten Kammer über das Kredit- und Rohstoffnotensachen gemachten Bemerkungen erklärt die niederländische Regierung, daß die Beziehungen in Spa an Deutschlands Handelsfreiheit gegenüber Holland nichts geändert haben. In einem Brief erklärt der deutsche Reichsanwalt Krehenbach ausdrücklich, daß seine Regierung voll und ganz bereit sei, die vertraglichen Verpflichtungen ihrer Vorgänger zu erfüllen. Bezüglich der Auslieferung des Kohlenabkommens sind seine internationalen Beziehungen zu bestätigen.

### Noch mehr Zirkeln durch Deutschland.

Aachen, 29. Juli. Heute trafen in Aachen 700 Tische-Slows mit dem Dampfer „Palencia“ und 3500 mit dem Dampfer „Minneka“ ein. Sie werden morgen in Sonderzügen weiterreisen.

## Ausland.

### Der Kredit an Deutschland.

Paris, 29. Juli. Der Finanzausschuss beschloß mit 14 gegen 12 Stimmen nicht in Einzelberatung des Gesetzes, das einen Kredit für die Dauer von sechs Monaten als Vorstufe an Deutschland vorsieht, einzutreten. Man darf nunmehr annehmen, daß über die Angelegenheit morgen in der Kammer die Entscheidung getroffen wird und daß der Berichterstatter des Gesetzes Doumer seine Demission geben wird.

### Frankosilber Amnestie.

Paris, 28. Juli. (Havas.) Die Kammer hat die Vorlage über die Gewährung der Amnestie einstimmig angenommen. Dem Gesetz zufolge wird der Regierung die Möglichkeit gegeben, die Wehrmänner, auf die das Gesetz nicht ohne weiteres Anwendung findet, auf dem Gnadenwege zu amnestieren.

### Die russische Frage.

London, 29. Juli. Unterhauss. Zur russischen Frage sagte Lord George, die englische Regierung stimme mit den Ansichten der italienischen Regierung überein. Die Alliierten hätten sich über den Vorkant der Antwort reiflich geeinigt. In der Antwortorte heißt es: Die englische Regierung schlägt unter der Voraussetzung, daß der Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen Sowjetrußland und Polen bevorsteht, ihren Alliierten vor,

**Grosser Saison-Ausverkauf**

Herrnstiefel 168.<sup>00</sup> 178.<sup>00</sup> 188.<sup>00</sup> 198.<sup>00</sup> Damenhalschuhe Spange 60.<sup>00</sup> Schoner 76.<sup>00</sup> 96.<sup>00</sup> 138.<sup>00</sup>

Leinenschuhe weiß 36.<sup>00</sup> schwarz 48.<sup>00</sup> grau 54.<sup>00</sup>

**Wielach's Warenhaus, Kl. Ulrichstrasse 11/12.**







